

Haase
Wegzugsbesteuerung

Wegzugsbesteuerung

Zivilrecht – Steuerrecht Sozialrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Florian Haase, M.I.Tax

Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
Hamburg

Bearbeitet von

Prof. Dr. Alexander Blank

Steuerberater
Berlin

Dr. Katrin Dorn

Steuerberaterin
Hamburg

Dr. Raphael de Barros Fritz, LL.M.

SJD (Tulane)
Attorney-at-law (New York)
Referendar Hamburg

Prof. Dr. Florian Haase, M.I.Tax

Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
Hamburg

Helena Grützner

Steuerberaterin
München

Philip Nürnberg, M.I.Tax

Dipl. Finanzwirt (FH)
Hamburg

Dr. Susanne Kölbl

Steuerberaterin
München

Lukas Weitbrecht

Rechtsanwalt
Hamburg

Dr. Susann Sturm

Steuerberaterin
München

2023



Zitiervorschlag: Haase Wegzugsbesteuerung/Bearbeiter Teil R.n.xy

www.beck.de

ISBN 978 3 406 79543 5

© 2023 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Fotosatz Buck

Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Bereits im Jahr 1931 gab es eine sog. Reichsfluchtsteuer. 1972 wurde das heute bekannte Außensteuergesetz eingeführt, welches in seinen Eckpfeilern einige Jahrzehnte unverändert geblieben ist, auch in Bezug auf § 6 AStG. Diese historisch als „Lex Horten“ bekannte und schon über 50 Jahre alte Regelung ist das Herzstück der sog. Wegzugsbesteuerung, aber sie bleibt unverändert aktuell, nunmehr in Gestalt des „neuen“ § 6 AStG idF des Artikels 5 ATAD-Umsetzungsgesetz (ATADUmsG) vom 25. Juni 2021. Weggezogen wird vorher wie nachher, das galt schon bei jeder bisherigen Novelle und auch ungeachtet etwaiger im Einzelfall mitschwingender Motive einer „Steuerflucht“ oder auch nur des Wunsches nach Palmen, Sand und Meer.

All dies ist Anlass, ein umfassendes Handbuch zur Wegzugsbesteuerung vorzulegen, es inhaltlich modern auszurichten und an die Erfordernisse der Praxis anzupassen. Dies gilt umso mehr, als es nach wie vor am Markt kein einziges Handbuch gibt, das die Thematik des steuerlichen Wegzugs in all seinen Facetten und auch über das Steuerrecht hinaus sowie im Zusammenhang erläutert. Hierfür wurden ausgewählte Autoren gewonnen, die in der Anwendungspraxis häufig und über viele Jahre mit auch kniffligen Wegzugsfällen zu tun haben.

Das Werk verfolgt einen durchweg sehr praktischen Ansatz. Praxisnahe Beispiele aus der Beratung illustrieren den Text, wo dies der Veranschaulichung dienlich war. Zweitens wurden einige zentrale Grundlagenkapitel „vor die Klammer gezogen“, etwa zur über allem stehenden steuerlichen Ansässigkeit oder zum Entstrickungskonzept, während gleichzeitig der inhaltliche Fokus über den Wegzug von GmbH-Gesellschaftern hinaus auch auf wegziehende Einzelunternehmer und Gesellschafter von Personengesellschaften sowie insgesamt den Wegzug von Gesellschaften erstreckt wird. Und drittens wird neben dem Wegzug auch der später ggf. nachfolgende erneute Zuzug im jeweiligen Sachzusammenhang betrachtet.

Aufgrund der ebenfalls im Buch behandelten und in der Praxis sehr wichtigen Materie des Sozialversicherungsrechts sowie der nicht minder wichtigen Frage nach dem auf einen Sachverhalt anwendbaren Zivilrecht (das sind die Regeln des Internationalen Privatrechts, dem ein eigenes Kapitel gewidmet ist) lässt sich mit Fug und Recht sagen, dass Sie, lieber Leser, eine umfassende, aktuelle und praxisnahe Darstellung des Rechts der Wegzugsbesteuerung in Händen halten. Dafür sei Ihnen herzlich gedankt. Herausgeber und Autoren danken ferner dem Beck-Verlag, allen voran Herrn Dr. Thomas Aichberger und Herrn Dr. Martin Weiss nebst Team, für die zügige Umsetzung der Idee sowie die gewohnt gute und umsichtige Betreuung.

Hamburg, im Frühjahr 2023

Florian Haase

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt verwendeten Literatur	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX
Teil 1: Ausgangslage, Beratungsgespräch und Vorbereitung	1
Kapitel 1. Motive, Anreize und Risiken	3
Kapitel 2. Das Beratungsgespräch	25
Teil 2: Zivilrecht	45
Teil 3: Steuerrecht	167
Kapitel 1. Grundfragen der steuerlichen Ansässigkeit	171
Kapitel 2. Grundfragen der steuerlichen Ent- und Verstrickung	213
Kapitel 3. Wegzugsbesteuerung nach § 6 AStG	243
Kapitel 4. Wegzugsbesteuerung bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften	288
Kapitel 5. Wegzug bei Kapitalgesellschaften	329
Kapitel 6. Besteuerung nach dem Wegzug	363
Kapitel 7. Wegzug Erbschaft- und Schenkungsteuer	438
Kapitel 8. Andere Steuern und Abgaben des Zielstaats	472
Kapitel 9. Steuerliche Gestaltungsüberlegungen	478
Teil 4: Soziale Sicherung	509
Kapitel 1. Grundlagen	511
Kapitel 2. Wegzug in das europäische Ausland	516
Kapitel 3. Wegzug in das außereuropäische Ausland	567
Kapitel 4. Leistungen im und in das Ausland	577
Stichwortverzeichnis	583

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt verwendeten Literatur	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX

Teil 1: Ausgangslage, Beratungsgespräch und Vorbereitung	1
---	----------

Kapitel 1. Motive, Anreize und Risiken	3
A. Ausgangslage und Historie	3
B. Außerrechtliche und außersteuerliche Anreize und Risiken	8
C. Steuerrechtliche Anreize	10
I. Steuerwettbewerb	10
II. BEPS	13
III. Maßnahmen gegen Steueroasen	14
IV. Belastungsvergleich	16
V. Inländische Besteuerung	16
D. Weitere rechtliche Aspekte	17
I. Wechsel der Rechtsordnung	17
II. Wegzug als Schutz vor Sanktionen	19
III. Kapitaltransfer und Devisenbeschränkungen	19
IV. Einreise- und Visabestimmungen und Aufenthaltsregeln	19
V. Wegzugsalternativen	20
E. Ausgewählte Länderbeispiele	20
I. Singapur	20
1. Allgemeines	20
2. Besteuerung	21
II. Zypern	21
1. Allgemeines	21
2. Besteuerung	22
III. Bahamas	22
1. Allgemeines	22
2. Besteuerung	23
IV. Schweiz	23
1. Allgemeines	23
2. Besteuerung	23

Kapitel 2. Das Beratungsgespräch	25
A. Vorbereitung	25
B. Ablauf des Beratungsgesprächs	27
I. Motiverforschung	27
II. Sachverhaltserforschung	28
III. Erarbeitung von Lösungsansätzen	29
IV. Mandat und Mandatsanlage	30
V. Gesprächsende	31
C. Fragebogen zur Informations- und Sachverhaltserforschung	31
I. Persönliche und familiäre Verhältnisse	31
II. Finanzielle Verhältnisse	32
III. Ziele des Mandanten	33
D. Fragebogen zur Informations- und Sachverhaltserforschung	33
I. Zivilrecht	33
II. Ertragsteuern	34
III. Erbschaftsteuer	35
IV. Sonstige Steuern	35

Inhaltsverzeichnis

V. Soziale Sicherung	35
VI. Sonstiges	36
VII. Mandatsbezogene Hinweise	36
E. Typische Fehlerquellen	36
F. Haftungsfragen	39
I. Umfang und Rechtsgrundlagen der Haftung	39
II. Aufklärung des Sachverhalts	40
III. Prüfung der Rechtslage	40
IV. Beratungspflicht	40
V. Beweislast	42
VI. Hinzuziehung anderer Berater	42
VII. Haftpflichtversicherung	43
VIII. Mandatsablehnung und -niederlegung	43
Teil 2: Zivilrecht	45
A. Allgemeiner Teil des internationalen Privatrechts	47
I. Arten von Kollisionsnormen	47
II. Aufbau und Anwendung einer Kollisionsnorm	48
III. Anknüpfungsmomente	50
IV. Qualifikation	51
V. Vorfrage	54
VI. Verweisung durch Kollisionsnorm	59
1. IPR- und Sachnormverweisung	59
2. Rück- und Weiterverweisung (<i>renvoi</i>)	60
3. Verweisung bei Rechtspaltung	61
VII. Anpassung	62
VIII. Substitution	64
IX. Transposition	67
X. Handeln unter falschem Recht	70
XI. Ordre public	72
B. Besonderer Teil des internationalen Privatrechts	73
I. Internationales Vertragsrecht	73
1. Anwendungsbereich der Rom I-VO	74
2. Rechtswahl der Parteien nach Art. 3 Rom I-VO	77
3. Die allgemeine Vertragskollisionsnorm in Art. 4 Rom I-VO	79
4. Sonderregeln in Art. 5–8 Rom I-VO	82
5. Weitere Regelungen in der Rom I-VO	84
II. Recht der internationalen außervertraglichen Schuldverhältnisse	86
1. Anwendungsbereich der Rom II-VO	87
2. Systematischer Überblick	89
3. Unerlaubte Handlung	89
a) Die allgemeine Deliktskollisionsnorm in Art. 4 Rom II-VO	89
b) Sonderregeln in Art. 5–9 Rom II-VO	91
4. Ungerechtfertigte Bereicherung, Geschäftsführung ohne Auftrag und Verschulden bei Vertragsverhandlungen	93
5. Rechtswahlmöglichkeit	96
III. Internationales Sachenrecht	98
1. Die grundsätzliche Anknüpfung an das Belegenheitsrecht	99
2. Die Ausweichklausel in Art. 46 EGBGB	99
3. Statutenwechsel	100
a) Abgeschlossene und offene Tatbestände	101
b) Fälle eines negativ abgeschlossenen Tatbestandes	102
c) Fälle eines positiv abgeschlossenen Tatbestandes	102
d) Fälle eines offenen Tatbestandes	104
IV. Internationales Familienrecht	106
1. Zustandekommen einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft	106
a) Ehe zwischen Personen unterschiedlichen Geschlechts	106
b) Weitere Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaft	108
2. Güterrechtliche Wirkungen	109

a)	Anwendungsbereich der EuGüVO	109
aa)	Räumlicher und zeitlicher Anwendungsbereich	109
bb)	Sachlicher Anwendungsbereich	110
b)	Rechtswahl der Parteien nach Art. 22 EuGüVO	113
c)	Mangels Rechtswahl anzuwendendes Recht nach Art. 26 EuGüVO	115
d)	Weitere Regelungen im Kapitel III	118
aa)	Formgültigkeit einer Vereinbarung über den ehelichen Güterstand nach Art. 25 EuGüVO	118
bb)	Reichweite des anzuwendenden Rechts nach Art. 27 EuGüVO und Schutz Dritter nach Art. 28 EuGüVO	119
3.	Allgemeine Wirkungen einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft	120
a)	Allgemeine Wirkungen der Ehe nach Art. 14 EGBGB	120
b)	Allgemeine Wirkungen nach Art. 17b EGBGB	121
4.	Scheidungsrecht	122
a)	Scheidung einer Ehe	122
aa)	Anwendungsbereich der Rom III-VO	122
bb)	Rechtswahl nach Art. 5 Rom III-VO	124
cc)	Mangels Rechtswahl anzuwendendes Recht	125
b)	Auflösung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft	126
5.	Unterhaltsrecht	127
a)	Anwendungsbereich des HUP	127
aa)	Räumlicher Anwendungsbereich	127
bb)	Zeitlicher Anwendungsbereich	128
cc)	Sachlicher Anwendungsbereich	129
b)	Mangels Rechtswahl anzuwendendes Recht	129
aa)	Die Grundanknüpfung in Art. 3 HUP	129
bb)	Die Modifizierung der Grundanknüpfung in Art. 4 HUP	130
cc)	Die kollisionsrechtlichen Einreden der Art. 5, 6 HUP	133
c)	Rechtswahl nach Art. 7, 8 HUP	134
d)	Weitere Regelungen des HUP	135
6.	Beziehung zwischen Kind und Eltern	136
a)	Abstammung	136
b)	Adoption	139
c)	Eltern-Kind-Verhältnis	140
aa)	Anwendungsbereich des KSÜ	141
bb)	Das auf Schutzmaßnahmen anzuwendende Recht nach Art. 15 KSÜ	141
cc)	Das auf die elterliche Verantwortung anzuwendende Recht nach Art. 16, 17 KSÜ	142
dd)	Sachnorm- oder IPR-Verweisung	143
V.	Internationales Erbrecht	144
1.	Anwendungsbereich der EuErbVO	144
2.	Die Kollisionsnormen zur gesamten Rechtsnachfolge von Todes wegen in Art. 21, 22 EuErbVO	146
a)	Die allgemeine Kollisionsnorm in Art. 21 EuErbVO	146
b)	Rechtswahl nach Art. 22 EuErbVO	148
3.	Die Kollisionsnormen zu Verfügungen von Todes wegen in Art. 24, 25, 27 EuErbVO	150
a)	Verhältnis zu Art. 21, 22 EuErbVO	150
b)	Verhältnis der Art. 24, 25 EuErbVO untereinander	152
c)	Art. 24 EuErbVO im Einzelnen	153
d)	Art. 25 EuErbVO im Einzelnen	154
4.	Weitere Regelungen	155
a)	Art. 31 EuErbVO	155
b)	Art. 34 EuErbVO	156
c)	Art. 35 EuErbVO	160
VI.	Internationales Gesellschaftsrecht	161
1.	Wegzugsfälle	161
2.	Zuzugsfälle	163

Inhaltsverzeichnis

Teil 3: Steuerrecht	167
Kapitel 1. Grundfragen der steuerlichen Ansässigkeit	171
A. Ansässigkeit von natürlichen Personen	172
I. Ansässigkeit im deutschen Steuerrecht	172
1. Grundprinzipien der Ansässigkeit natürlicher Personen	172
2. Bedeutung der Ansässigkeit für natürliche Personen	174
II. Wohnsitz (§ 8 AO)	176
1. Überblick	176
2. Wohnungsbegriff	176
3. Innehaben der Wohnung	177
4. Begleitumstände des Innehabens	178
III. Gewöhnlicher Aufenthalt (§ 9 AO)	179
1. Überblick	179
2. Physische Anwesenheit	179
3. Kein vorübergehender Aufenthalt	180
4. Begleitumstände des Aufenthalts	180
5. Zusammenhängender Aufenthalt von mehr als sechs Monaten	181
6. Aufenthalt zu Besuchs-, Erholungs- und Kurzwecken	181
IV. Begründung der Ansässigkeit in Deutschland/Zuzug aus dem Ausland	181
1. Begründung eines Wohnsitzes	182
2. Begründung des gewöhnlichen Aufenthalts	182
3. Feststellungslast und praktische Hinweise	182
V. Verlust der Ansässigkeit in Deutschland/Wegzug aus Deutschland	183
1. Aufgabe eines Wohnsitzes	183
2. Aufgabe des gewöhnlichen Aufenthalts	184
3. Feststellungslast und praktische Hinweise	185
B. Ansässigkeit von Körperschaften	185
I. Grundprinzipien der Ansässigkeit von Körperschaften	185
II. Bedeutung der Ansässigkeit für Körperschaften	186
III. Ort der Geschäftsleitung (§ 10 AO)	187
1. Überblick	187
2. Begriff der Geschäftsleitung	187
3. Einzelfälle	189
IV. Sitz der Gesellschaft (§ 11 AO)	190
1. Überblick	190
2. Begriff des Sitzes	191
3. Einzelfälle	191
V. Begründung der Ansässigkeit in Deutschland	192
1. Begründung des Orts der Geschäftsleitung	192
2. Verlegung des Sitzes ins Inland	193
VI. Verlust der Ansässigkeit in Deutschland	193
1. Aufgabe des Orts der Geschäftsleitung	193
2. Verlegung des Sitzes ins Ausland	194
C. Doppelbesteuerungsabkommen	195
I. Bedeutung der Doppelbesteuerungsabkommen für die Beratungspraxis	195
II. Bedeutung der Ansässigkeit nach den Doppelbesteuerungsabkommen	196
1. Bedeutung in Bezug auf die Doppelbesteuerungsabkommen	196
2. Bedeutung in Bezug auf die nationalen Rechtsvorschriften	197
III. Ansässigkeit nach den Doppelbesteuerungsabkommen im Detail	198
1. Ansässigkeit für Zwecke der Ertragsteuern (Art. 4 OECD-MA 2017)	198
a) Überblick	198
b) Ansässigkeit nach Art. 4 Abs. 1 OECD-MA 2017	198
aa) Steuerpflicht in einem Vertragsstaat	198
bb) Ansässigkeitsbegründende Merkmale	199
cc) Negativabgrenzung: Quellen- und Vermögensbesteuerung	199
c) Tie-breaker-Regelung für natürliche Personen (Art. 4 Abs. 2 OECD-MA 2017)	200
aa) Überblick über die tie-breaker-Regelung	200

bb)	Ständige Wohnstätte	201
cc)	Mittelpunkt der Lebensinteressen	203
dd)	Gewöhnlicher Aufenthalt	204
ee)	Staatsangehörigkeit	205
ff)	Verständigungs- und Schiedsverfahren	206
d)	Tie-breaker-Regelung für Kapitalgesellschaften (Art. 4 Abs. 3 OECD-MA 2017)	207
2.	Ansässigkeit für Zwecke der Schenkung- und Erbschaftsteuern	208
a)	Überblick über Art. 4 OECD-MA-ErbSt	208
b)	Ansässigkeit nach Art. 4 Abs. 1 OECD-MA-ErbSt	208
c)	Tie-breaker-Regelung für natürliche Personen (Art. 4 Abs. 2 OECD-MA-ErbSt)	209
d)	Tie-breaker-Regelung für Kapitalgesellschaften (Art. 4 Abs. 3 OECD-MA-ErbSt)	209
e)	Besonderheiten der Ansässigkeit in Bezug auf ausgewählte deutsche ErbSt-DBA	209
aa)	Ansässigkeit ErbSt-DBA Frankreich	209
bb)	Ansässigkeit ErbSt-DBA Schweiz	210
cc)	Ansässigkeit ErbSt-DBA USA	212
Kapitel 2.	Grundfragen der steuerlichen Ent- und Verstrickung	213
A.	Verortung der steuerlichen Ent- und Verstrickung im deutschen und europäischen Steuerrecht	214
B.	Spezielle Entstrickungsnormen	215
I.	Überblick	215
II.	Entstrickung von Privatvermögen	216
1.	„Wegzug“ des Anteilseigners, § 6 AStG	216
2.	Wegzug der Beteiligungskapitalgesellschaft: § 17 Abs. 5 EStG	217
III.	Entstrickung von Betriebsvermögen	218
1.	Generalklauseln: § 4 Abs. 1 S. 3 EStG und § 12 Abs. 1 S. 1 KStG	218
2.	Realteilung und finale Betriebsaufgabe: § 16 Abs. 3 und 3a EStG	220
3.	Umwandlungssteuerrecht	221
4.	Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Entstrickungsbesteuerung: § 4g EStG und § 36 Abs. 5 EStG	223
a)	Weitere Voraussetzungen für die Anwendung des § 4g EStG	223
b)	... und des § 36 Abs. 5 EStG	224
c)	... als Ursache einer lediglich lückenhaften Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Entstrickungsbesteuerung.	224
IV.	Sonderfall der passiven Entstrickung	225
1.	Relevante Entstrickungsnormen	225
2.	Derzeitiger Meinungsstand	225
a)	Ausgangspunkt: keine Erfassung einer passiven Entstrickung	225
b)	Gegenmeinung: Erfassung einer passiven Entstrickung	226
3.	Eigene Rechtsauffassung vor dem Hintergrund des	227
a)	... SEStEG: keine passive Entstrickung von Betriebsvermögen, wohl aber von Privatvermögen	227
b)	... ATADUMsG: nun aber wohl auch passive Entstrickung von Betriebsvermögen	228
C.	Spezielle Verstrickungsnormen	228
I.	Überblick	228
II.	Verstrickung von Privatvermögen	229
1.	Zuzug eines Anteilseigners (§ 17 EStG bzw. § 6 AStG)	229
2.	Zuzug einer Beteiligungskapitalgesellschaft	229
III.	Verstrickung von Betriebsvermögen	230
1.	Verstrickung bei erstmaliger Begründung eines vollständigen Besteuerungsrechts	230
2.	Generalklauseln: Verstrickung bei Verstärkung eines bereits bestehenden Besteuerungsrechts	231
3.	Umwandlungssteuerrechtliche Besonderheiten	231

Inhaltsverzeichnis

D. Unilaterale Rechtfertigung und (bilaterale) Notwendigkeit einer Entstrickungsbesteuerung	233
I. Rechtfertigung einer Entstrickungssteuer als Ultima-Ratio-Steuer	233
II. Zweifel ob ihrer Notwendigkeit	233
1. Freistellungsmethode	234
2. Anrechnungsmethode	234
III. Letztliche Alternativlosigkeit einer Entstrickungsbesteuerung	235
E. Grundsätzliche Vereinbarkeit mit dem Europarecht	236
I. Europäisches Primär- und Sekundärrecht als Ausgangspunkt	236
II. Primärrechtliche Prüfungsmaßstäbe: Grundfreiheiten	237
1. Entstrickung von Betriebsvermögen	237
2. Entstrickung von Privatvermögen	238
3. Sekundärrechtlicher Prüfungsmaßstab nur im Fall von Betriebsvermögen: ATAD-Richtlinie	240
4. Beurteilung der Europarechtskonformität der aktuellen Entstrickungsnormen für Betriebsvermögen	241
5. Beurteilung der Europarechtskonformität der aktuellen Entstrickungsnormen für Privatvermögen	242
Kapitel 3. Wegzugsbesteuerung nach § 6 AStG	243
A. Allgemeines	244
B. Voraussetzungen der Wegzugsbesteuerung	244
I. Persönlicher Anwendungsbereich	244
1. Natürliche Person	244
2. Unbeschränkte Steuerpflicht	245
3. Zeitliche Voraussetzungen	245
II. Sachlicher Anwendungsbereich	247
III. Tatbestände der Wegzugsbesteuerung	249
1. Übersicht	249
2. Haupttatbestände	250
a) Beendigung der unbeschränkten Steuerpflicht (§ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AStG)	250
b) Unentgeltliche Übertragung auf nicht unbeschränkt steuerpflichtige Person (§ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AStG)	251
3. Auffangtatbestand	253
a) DBA-Fall	253
aa) Ansässigkeitsstaatsklausel	253
bb) Sitzstaatsklausel	254
cc) Grundbesitzklausel	254
dd) Wegzugsklausel	255
ee) Neuabschluss/Revision eines DBA	256
ff) Einlage einer Beteiligung	257
b) Nicht-DBA-Fall	258
4. Verhältnis zum EStG, KStG und UmwStG	259
C. Rechtsfolgen der Wegzugsbesteuerung	260
I. Anwendung des § 17 EStG	260
II. Berechnung und Besteuerung des Veräußerungsgewinns	262
III. Zeitpunkt der Entstehung des fiktiven Veräußerungsgewinns	262
IV. Aufstockung der Anschaffungskosten	263
D. Entfallen der Wegzugssteuer (§ 6 Abs. 3 AStG)	264
I. Überblick	264
II. Rückkehrregelung im Fall des Wegzugs nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AStG	266
1. Wiederbegründung der unbeschränkten Steuerpflicht	266
2. Schädliche Tatbestandsmerkmale im Rückkehrzeitraum	266
a) Veräußerung, Übertragung oder Einlage in Betriebsvermögen	266
b) Gewinnausschüttungen oder Einlagenrückgewähr	269
c) Wiederbegründung des deutschen Besteuerungsrechts	270
III. Rückkehrregelung im Fall des Wegzugs nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AStG	271
IV. Rückkehrregelung im Fall des Wegzugs nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AStG	273

V. Zusammenfassender Überblick über die Rückkehrregelung im Zusammenhang mit unentgeltlichen Übertragungen	274
1. Regelung des § 6 Abs. 3 S. 2 AStG	274
2. Regelung des § 6 Abs. 3 S. 5 AStG	275
E. Stundung der Wegzugssteuer	275
I. Stundung nach § 6 Abs. 4 AStG	276
1. Überblick	276
2. Voraussetzungen	277
a) Antrag	277
b) Sicherheitsleistungen	277
c) Ermessensvorschrift	279
3. Fälligkeit der Raten	279
a) Grundregel	279
b) Sofortige Fälligkeit der Raten	279
aa) Nicht fristgemäße Entrichtung der Jahresrate	280
bb) Verletzung der Mitwirkungspflichten	281
cc) Insolvenz des Steuerpflichtigen	281
dd) (Anteilige) Anteilsveräußerung oder Anteilsübertragung	282
ee) Gewinnausschüttung und Einlagenrückgewähr	283
II. Stundung in den Fällen des § 6 Abs. 3 AStG	284
F. Mitteilungs- bzw. Mitwirkungspflichten (§ 6 Abs. 5 AStG)	286
1. Anlassbezogene Mitteilungspflichten	286
2. Anlassunabhängige Mitteilungspflichten	287
3. Verstoß gegen Mitteilungspflichten	287

Kapitel 4. Wegzugsbesteuerung bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften

A. Überblick	288
B. Entstrickung einzelner Wirtschaftsgüter nach § 4 Abs. 1 S. 3, 4 EStG	292
I. Voraussetzungen der Entstrickungsbesteuerung	292
a) Ausschluss oder Beschränkung des deutschen Besteuerungsrechts	292
b) Veräußerung oder Nutzung eines Wirtschaftsguts	294
c) Regelbeispiel für Ausschluss oder Beschränkung	296
d) Besonderheiten bei Anteilen an Kapitalgesellschaften	297
e) Ausnahmen von § 4 Abs. 1 S. 3, 4 EStG	298
II. Besonderheiten bei der Europäischen Gesellschaft/Genossenschaft	298
III. Rechtsfolgen der Entstrickung	299
IV. Besteuerungsaufschub nach § 4g EStG	300
1. Persönlicher Anwendungsbereich	300
2. Sachlicher Anwendungsbereich	301
3. Bildung eines Ausgleichspostens	302
a) Anzeige	302
b) Antrag	302
c) Getrennter Ausweis	303
d) Höhe des Ausgleichspostens	304
4. Auflösung des Ausgleichspostens	304
a) Regelmäßige Auflösung	304
b) Sofortige Auflösung nach § 4g Abs. 2 S. 2 EStG	306
aa) Ausscheiden des Wirtschaftsguts aus dem Betriebsvermögen	306
bb) Einstellung, Veräußerung oder Verlegung eines (Teil-)Betriebs	307
cc) Ausscheiden aus der unbeschränkten Steuerpflicht	308
dd) Insolvenz des Steuerpflichtigen	308
ee) Fristgerechte Steuerzahlung	308
ff) Gefährdung des künftigen Steueranspruchs aus der Auflösung des Ausgleichspostens und fehlende Sicherheitsleistung	309
c) Sofortige Auflösung bei Pflichtverletzung (§ 4g Abs. 5 S. 2 EStG)	309
d) Gewinnneutrale Auflösung bei Rückführung des Wirtschaftsguts (§ 4g Abs. 3 EStG)	310

Inhaltsverzeichnis

5. Ausgleichsposten bei der Gewinnermittlung nach § 4 Abs.3 EStG	310
a) Bildung eines Ausgleichspostens	310
b) Aufzeichnungspflichten	310
6. Mitwirkungspflichten	311
a) Anzeigepflicht	311
b) Aufzeichnungspflichten	312
c) Mitwirkungspflichten iSd § 90 AO	312
d) Pflichtverletzungen	312
C. Entstrickung sämtlicher Wirtschaftsgüter nach § 16 Abs. 3a EStG	312
I. Voraussetzungen der Entstrickungsbesteuerung	312
II. Rechtsfolgen der Entstrickung	315
III. Besteuerungsaufschub nach § 36 Abs. 5 EStG	315
1. Persönlicher Anwendungsbereich	316
2. Sachlicher Anwendungsbereich	316
3. Steuerstundung	316
4. Wegfall der Steuerstundung	319
a) Ausscheiden eines Wirtschaftsguts	320
b) Einstellung, Veräußerung oder Verlagerung eines (Teil-)Betriebs	320
c) Ausscheiden aus der unbeschränkten Steuerpflicht	321
d) Insolvenz des Steuerpflichtigen	321
e) Fristgerechte Steuerzahlung	321
5. Mitwirkungspflichten	322
a) Anzeigepflichten	322
b) Mitwirkungspflichten iSd § 90 AO	322
c) Pflichtverletzungen	323
D. Entstrickung betrieblicher Funktionen nach § 1 Abs. 3b AStG	324
I. Allgemeines	324
II. Voraussetzungen der Entstrickungsbesteuerung	325
1. Gegenstand der Funktionsverlagerung	325
2. Ausübung der Funktion bei der übernehmenden Einheit	326
3. Einschränkung der Funktion bei der verlagernden Einheit	326
III. Rechtsfolgen der Entstrickung	327
Kapitel 5. Wegzug bei Kapitalgesellschaften	329
A. Überblick	330
B. Entstrickung einzelner Wirtschaftsgüter nach § 12 Abs. 1 KStG bei Kapitalgesellschaften	332
I. Wandel der Vorschrift	332
1. Neuregelung des § 12 Abs. 1 KStG	332
2. Anpassung an Vorgaben des europäischen Rechts	332
3. Anpassung nach Aufgabe der finalen Entnahmetheorie	332
4. Jüngste Änderungen	334
II. Tatbestandsvoraussetzungen der Entstrickung	334
1. Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse	334
2. Bestehen eines deutschen Besteuerungsrechts	336
3. Gegenstand des Besteuerungsrechts	337
4. Ausschluss oder Beschränkung des bestehenden deutschen Besteuerungsrechts	338
a) Überblick	338
b) Ausschluss des Besteuerungsrechts	339
aa) Durch Entzug des Besteuerungszugriffs	340
bb) Durch Beendigung der Steuerpflicht	342
cc) Negativabgrenzung	343
c) Beschränkung des Besteuerungsrechts	343
aa) Durch Verringerung des Besteuerungsrechts	343
bb) Negativabgrenzung	344
cc) Sonderfall der abstrakten Beschränkung	344
d) Auswirkungen der Aufgabe der finalen Entnahmetheorie	345

III. Rechtsfolgen der Entstrickung auf Ebene der Kapitalgesellschaft	346
1. Fiktion der Veräußerung oder Überlassung zum gemeinen Wert	346
a) Gemeiner Wert bei Veräußerungsfiktion	347
b) Gemeiner Wert bei Überlassungsfiktion	348
2. Besteuerung des Entstrickungsgewinns	348
3. Wertverknüpfung im anderen Staat	349
C. Sonderregelungen für Anteile an Europäischen Gesellschaften oder Europäischen Genossenschaften	349
D. Entstrickung von Betrieben und Teilbetrieben nach § 16 Abs. 3a EStG	350
I. Tatbestandsvoraussetzungen der Entstrickung	350
II. Rechtsfolgen der Entstrickung	351
E. Gestreckte Besteuerung des Entstrickungsgewinns	351
I. Besteuerungsaufschub nach § 4g EStG	351
II. Besteuerungsaufschub nach § 36 Abs. 5 EStG	351
III. Überblicksartige Gegenüberstellung	351
F. Entstrickung betrieblicher Funktionen nach § 1 Abs. 3b AStG	352
I. Vorliegen einer Funktionsverlagerung	352
II. Rechtsfolgen einer Funktionsverlagerung	353
G. Ausgewählte Fälle des Wegzugs von Kapitalgesellschaften	353
I. Verlegung des Satzungssitzes vom Inland ins Ausland	353
1. Allgemeines	353
2. Steuerliche Konsequenzen bei Sitzverlegung in EU-/EWR-Staat	355
a) Ebene der inländischen Gesellschaft	355
b) Ebene der inländischen Gesellschafter	356
3. Steuerliche Konsequenzen bei Sitzverlegung in Drittstaat	357
a) Ebene der inländischen Gesellschaft	357
b) Ebene der inländischen Gesellschafter	358
4. Besonderheit für SE und SCE	360
a) Ebene der Gesellschaft	360
b) Ebene der inländischen Gesellschafter	360
II. Verlegung des Verwaltungssitzes vom Inland ins Ausland	361
1. Allgemeines	361
2. Steuerliche Folgen bei Inlandsgesellschaften	361
a) Ebene der Gesellschaft	361
b) Ebene der inländischen Gesellschafter	362
3. Steuerliche Folgen bei Auslandsgesellschaften	362
a) Ebene der Gesellschaft	362
b) Ebene der inländischen Gesellschafter	362
Kapitel 6. Besteuerung nach dem Wegzug	363
A. Besteuerung natürlicher Personen in Deutschland	365
I. Allgemeines	365
II. Unbeschränkte Einkommensteuerpflicht	366
1. Grundform der unbeschränkten Steuerpflicht	366
a) Tatbestand	366
b) Rechtsfolge	367
2. Sonderformen der unbeschränkten Steuerpflicht	368
a) Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht	368
b) Fiktive unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag	371
aa) Allgemeines	371
bb) Tatbestand	371
c) Rechtsfolge	372
d) Ergänzende Bestimmungen für EU-/EWR-Familienangehörige und Angehörige des öffentlichen Dienstes	373
III. Beschränkte Einkommensteuerpflicht	375
1. Einfache beschränkte Steuerpflicht	375
a) Grundzüge	375
b) Überblick über inländische Einkünfte	376
aa) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	376

Inhaltsverzeichnis

bb) Einkünfte aus Gewerbebetrieb	377
cc) Einkünfte aus selbständiger Arbeit	377
dd) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	378
ee) Einkünfte aus Kapitalvermögen	378
ff) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	379
gg) Sonstige Einkünfte	379
hh) Einkünfte aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft	380
c) Isolierende Betrachtungsweise	381
d) Materiellrechtliche Besonderheiten	381
2. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht	383
a) Hintergrund	383
b) Persönliche und sachliche Voraussetzungen	383
aa) Persönliche Voraussetzungen	384
bb) Sachliche Voraussetzungen	385
c) Wesentliche wirtschaftliche Interessen	388
d) Freigrenze	389
e) Rechtsfolgen	391
IV. Besteuerung im Jahr des Wegzugs	393
V. Besteuerungsverfahren nach dem Wegzug	394
1. Veranlagung zur Einkommensteuer	394
2. Steuerabzugsverfahren	395
3. Besonderheiten für EU-/EWR-Bürger	396
B. Besteuerung juristischer Personen in Deutschland	397
I. Allgemeines	397
II. Unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht	398
1. Tatbestand	398
2. Rechtsfolge	398
III. Beschränkte Körperschaftsteuerpflicht	399
1. Tatbestand	399
2. Rechtsfolge	399
3. Materiellrechtliche Besonderheiten	399
IV. Besteuerung im Jahr des Wegzugs	400
V. Besteuerungsverfahren nach dem Wegzug	401
1. Veranlagung zur Körperschaftsteuer	401
2. Steuerabzugsverfahren	401
3. Veranlagungsverfahren für EU-/EWR-Körperschaften	404
C. Vermeidung von Doppelbesteuerung	405
I. Allgemeines	405
1. Begriff der Doppelbesteuerung	405
2. Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	406
II. Unilaterale Maßnahmen bei natürlichen Personen	407
1. Steueranrechnung	407
a) Steueranrechnung bei zu veranlagenden Einkünften	407
b) Steueranrechnung bei bestimmten Kapitaleinkünften	410
c) Überblick über ausländische Einkünfte	411
aa) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	411
bb) Einkünfte aus Gewerbebetrieb	412
cc) Einkünfte aus selbständiger Arbeit	412
dd) Einkünfte aus der Veräußerung	413
ee) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	413
ff) Einkünfte aus Kapitalvermögen	413
gg) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	413
hh) Sonstige Einkünfte	413
2. Steuerabzug	414
3. Steuererlass und Pauschalierung	415
4. Besonderheiten bei der Gewerbesteuer	415
III. Besonderheiten bei juristischen Personen	416
1. Steueranrechnung	416
2. Steuerabzug	417

3. Steuererlass und Pauschalierung	417
IV. Bilaterale Maßnahmen aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen	417
1. Grundlagen	417
a) Funktion von Doppelbesteuerungsabkommen	417
b) Aufbau von Doppelbesteuerungsabkommen	418
2. Anwendungsbereich	418
a) Persönlicher Anwendungsbereich	418
b) Sachlicher Anwendungsbereich	419
3. Verteilungsnormen	419
a) Systematik	419
b) Überblick über die einzelnen Einkunftsarten nach dem OECD-MA	421
aa) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen	422
bb) Unternehmensgewinne	422
cc) Internationale Seeschifffahrt und Luftfahrt	423
dd) Verbundene Unternehmen	423
ee) Dividenden	423
ff) Zinsen	424
gg) Lizenzgebühren	424
hh) Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen	425
ii) Selbständige Arbeit (inzwischen aufgehoben)	426
jj) Einkünfte aus unselbständiger Arbeit	426
kk) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen	427
ll) Künstler und Sportler	428
mm) Ruhegehälter	428
nn) Öffentlicher Dienst	429
oo) Studenten	429
pp) Andere Einkünfte	430
qq) Vermögen	430
4. Methodenartikel	430
a) Allgemeines	430
b) Steuerfreistellung	431
c) Steueranrechnung	433
5. Verfahrensfragen	435
a) Diskriminierungsverbot	435
b) Verständigungsverfahren	435
c) Informationsaustausch	436
6. Abkommensüberschreibung (Treaty Override)	436
a) Allgemeines	436
b) Ausgewählte Beispiele	436
V. Multilaterale Maßnahmen	437
Kapitel 7. Wegzug Erbschaft- und Schenkungsteuer	438
A. Steuerfolgen des Wegzugs aus erbschaft- und schenkungsteuerlicher Sicht	438
B. Steuerfolgen von Schenkungen/Erbschaften nach Wegzug einer natürlichen Person aus Deutschland	441
I. Auswirkungen des Wegzugs auf die Steuerpflicht des Weggezogenen in Deutschland	441
C. Steuerfolgen im Inland bei unbeschränkter Steuerpflicht	445
I. Grundlagen der Besteuerung (Steuerpflicht)	445
II. Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs (Nachlassverbindlichkeiten, Vorerwerbe)	447
III. Bewertung des übertragenen Vermögens nach § 12 ErbStG	449
IV. Steuerbefreiungen nach §§ 5, 13, 13d ErbStG	452
V. Steuerbefreiung für begünstigtes Vermögen iSd § 13b Abs. 2 ErbStG	455
VI. Persönliche Steuerbefreiungen nach §§ 16, 17 ErbStG	463
VII. Ermittlung und Festsetzung der Erbschaft- und Schenkungsteuer	463
VIII. Besteuerungsfolgen bei (ggf. erweitert) beschränkter Steuerpflicht	467
1. Grundlagen der Besteuerung (Steuerpflicht)	467
2. Besonderheiten im Vergleich zur unbeschränkten Steuerpflicht	470

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 8. Andere Steuern und Abgaben des Zielstaats	472
A. Grunderwerbsteuern, Stempelsteuern und ähnliche Abgaben	473
B. Grundsteuern und Zweitwohnungssteuern	474
C. Sonstige Steuern auf die Vermögenssubstanz	474
D. Lohnsummensteuern	475
E. Zölle und zollähnliche Abgaben	475
I. Wegzug innerhalb der EU	475
II. Wegzug in einen Drittstaat	476
III. Außenwirtschaftsrecht	477
Kapitel 9. Steuerliche Gestaltungsüberlegungen	478
A. Ausgangslage	478
B. Ansässigkeit	479
I. Grundsätzliche Überlegungen	479
II. Aufgabe der inländischen Ansässigkeit	480
1. Beendigung steuerliche Anknüpfungsmerkmale	480
2. Erbschaft- und schenkungsteuerliche Implikationen	481
III. Mehrfache Wohnsitze	484
1. Wegzug in DBA-Staat	484
2. Wegzug in Nicht-DBA-Staat	485
3. Erbschaft- und schenkungsteuerliche Implikationen	485
IV. Änderungen der Staatsangehörigkeit	486
C. Beteiligung an Kapitalgesellschaften	487
I. Grundsätzliche Überlegungen	487
II. Umstrukturierung in Betriebsvermögen	488
1. Ausgangslage	488
2. Umwandlung in eine Personengesellschaft	488
3. Einlage in originär gewerblich tätige Personengesellschaft	489
a) Grundsätzliche Überlegungen	489
b) Wegzug in DBA-Staat	490
c) Wegzug in Nicht-DBA-Staat	492
4. Einlage in gewerblich geprägte Personengesellschaft	492
a) Grundsätzliche Überlegungen	492
b) Wegzug in Nicht-DBA-Staat	492
5. Begründung einer atypisch stillen Beteiligung	493
III. Anteilsübertragungen	494
IV. Nutzung von Bewertungsunterschieden	497
V. Doppelansässigkeit	498
D. Laufende Einkünfte	500
E. Dauer der Abwesenheit	502
I. Vorübergehende Abwesenheit	502
II. Dauerhafter Wegzug	504
III. Weiterzug in einen Drittstaat – Durchzug	505
IV. Rückkehr	505
F. Familiäre Gestaltungsmöglichkeiten	506
G. Hineingestalten in § 6 AStG	507
Teil 4: Soziale Sicherung	509
Kapitel 1. Grundlagen	511
A. Die Notwendigkeit internationaler Regelungen der Sozialen Sicherheit und deren Verhältnis zueinander	511
I. Weltweite Mobilität und internationale Arbeitstätigkeit	511
II. Europarechtlicher Vorrang	512
III. Regelungen im engeren oder weiteren Sinne	513
B. Identifizierung der Wegziehenden	514
C. Zielland der Auswanderung	515

Kapitel 2. Wegzug in das europäische Ausland	516
A. Fallbeispiel	517
B. Wegzug mit Beschäftigung	517
I. Persönlicher Geltungsbereich	518
II. Sachlicher Geltungsbereich	519
III. Territorialität	519
IV. Ausstrahlung – Einstrahlung	519
V. Entsendung im Sinne der Ausstrahlung gem. § 4 SGB IV	520
VI. Wegzug in ein anderes Land der EU ohne zeitliche Befristung	521
VII. Beschäftigung im Ausland ohne Entsendung	522
VIII. Wegzug in ein anderes Land der EU mit Entsendung	523
1. Ausnahmefall Entsendung	523
2. Regelungen der Entsendung	523
3. Verlängerung der Entsendezeit durch Ausnahmevereinbarung	525
4. Bescheinigung über die anwendbaren Rechtsvorschriften (A1 Bescheinigung)	527
a) Antragstellung	527
b) Zuständigkeiten	530
c) Wirkung und Bestand der A1 Bescheinigung	531
IX. Tätigkeit in mehreren Ländern der EU	532
1. Regelung Art. 13 VO (EU) 883/2004	532
2. Art. 16 VO (EU) 987/2009 (DVO)	533
X. Entsendung in die Schweiz	535
1. Regelung durch Abkommen	535
2. Nachweise des anwendbaren Rechts	536
C. Wegzug ins europäische Ausland ohne Beschäftigung	536
D. Versicherteneigenschaft	537
E. Erklärung der Staaten zu ihrem anwendbaren Recht	537
F. Regelung der verschiedenen Arten der Leistungen gem. Art. 17 ff. VO 883/2004	538
I. Krankenversicherung	538
1. Grundlagen der KV in Deutschland	538
2. Besondere Regelungen Art. 7, 17 ff. VO 883/2004	539
a) Sachleistungen	539
b) Geldleistungen	541
3. Leistung im Ausland	544
a) Relevanz	544
b) Verfahren	544
c) Variationen der VO	545
d) Rentner	545
II. Unfallversicherung	546
1. Grundlagen UV in Deutschland und EU – erfasster Bereich	546
2. Besondere Regelungen Art. 36 ff. VO 883/2004	548
III. Invalidität	550
1. Gesundheitlich ausgelöste Renten in Deutschland	550
2. Besondere Regelungen in Art. 5, 44 ff. (EG) VO 883/2004	550
G. Alters- und Hinterbliebenenrente	551
I. Renten in Deutschland	551
II. Kindererziehungszeiten, § 56 SGB VI	552
1. Besondere Regelungen in Art. 50 ff. VO 883/2004 und in Art. 45 ff. VO (EG) Nr. 987/2009	554
2. Antrag	555
3. § 110 Abs. 2 SGB VI – gewöhnlicher Auslandsaufenthalt	556
4. Versicherungs- oder Wohnzeiten von weniger als einem Jahr	556
5. Koordinierung von Kindererziehungszeiten Art. 44 VO (EG) 987/2009	556
6. Koordinierung von Doppelleistungen nach Art. 53 ff. VO (EU) 883/2004	557
H. Leistungen bei Arbeitslosigkeit	558
I. Grundsätze und SGB III	558
II. Koordinierung der Arbeitsförderung nach Art. 61–65 VO (EG) Nummer 883/2004	559
III. Art. 63 VO (EG) Nr. 883/2004 Grenzen des Exports der Leistungen der Arbeitslosigkeit	560

Inhaltsverzeichnis

IV. Regelungen der Art. 64, 65 VO (EG) Nr. 883/2004 und Art. 54ff. VO (EU) 987/2009	560
V. Wegzug als Arbeitsloser, Art. 64 VO (EG) 883/2004	561
VI. Sonderfall Arbeitslosigkeit Art. 65 ff. (EU) VO 883/2004	562
I. Familienleistungen	562
I. Grundlagen in Deutschland	562
II. Besondere Regelungen nach Art. 67 ff. VO 883/2004	563
III. Zusammenrechnung, Priorität, Wohnortzuständigkeit, Art. 68 ff. VO (EG) Nr. 883/2004	563
J. Besondere beitragsunabhängige Leistungen, Art. 70 VO (EU) 883/2004	565
I. Verhältnis zu Art. 3 Abs. 5 a) VO (EU) 883/2004	565
II. Abgrenzung	565
Kapitel 3. Wegzug in das außereuropäische Ausland	567
A. Wegzug in ein Land mit Sozialversicherungsabkommen	568
I. Entsendung vorrangig	568
II. Allgemeiner Inhalt der Abkommen, Beispiel USA	569
B. Wegzug in ein Land ohne Sozialversicherungsabkommen	570
I. Entsendung § 4 SGB IV	571
II. Möglichkeiten der Fortführung der deutschen gesetzlichen Sozialversicherung im vertragslosen Ausland	573
1. Krankenversicherung	573
2. Arbeitslosenversicherung	574
3. Unfallversicherung	575
4. Rentenversicherung	575
a) Antragspflichtversicherung nach § 4 SGB VI	575
b) Freiwillige Versicherung	576
Kapitel 4. Leistungen im und in das Ausland	577
A. Rentenzahlung innerhalb EU, den EWR-Staaten und der Schweiz	577
I. Antrag	577
II. Ort der Auszahlung	578
III. Höhe	578
B. Rentenzahlung im Land mit Sozialversicherungsabkommen	578
I. Antrag	578
II. Ort der Auszahlung	579
III. Höhe	579
C. Rentenzahlung im vertragslosen Ausland	579
D. Leistungen der Krankenversicherung im europäischen Ausland – Länder der EU	579
I. Antrag	579
II. Ort	580
III. Höhe	580
E. Leistungen der Krankenversicherung in Länder mit Sozialversicherungsabkommen	580
F. Gemischte Sachverhalte	581
Stichwortverzeichnis	583